

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Goltz, Dresden
und Goltz'sche Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangiergeld mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsfelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Hauptzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihs-
40 Proz. Rabatt. Für Briefübertragung 10 Pf.

Nr. 17

Dresden, Donnerstag den 21. Januar 1926

37. Jahrg.

Ein neues Schandurteil

Freispruch im Verlager-Prozess

Wb. München, 20. Januar. Um 7 Uhr abends wurde das Urteil im Prozess Volzing-Präsident verkündet. Die beiden Angeklagten wurden freigesprochen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

Die Begründung des Urteils nimmt das Gericht an, daß Präsident auf Grund eines Befehls gehandelt und auf Grund des von Volzing gegebenen Befehls sich zur Erschießung der Verlager Arbeiter für berechtigt gehalten habe. Volzing habe sich auf Grund des Reichstageschieß-erlasses und der von der Schandendivision verhängten Bestimmungen berechtigt geglaubt, die Erschießungen vornehmen zu lassen. Die Erschießungen seien zwar objektiv nicht gerechtfertigt gewesen, es könne ihm jedoch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Handelns nicht mit genügender Sicherheit nachgewiesen werden, weshalb er freigesprochen werden müsse.

Präsident wurde vom Gericht noch darauf aufmerksam gemacht, daß auch gegen ihn wegen der Anklage des zivilischen Kommandos der Haftbefehl aufgehoben worden sei, daß er aber wegen Verhinderung der Strafe infolge Diebstahls in Haft bleibe.

Die deutsche Justiz ist nun ein politisches Scheitern. Das Münchener Gericht hat zwei Landesknechte freigesprochen, die ihre Waffen und das Ständerecht mißbrauchten, um 12 waffenlose Verlager Arbeiter „umzubringen“. Der Staatsanwalt sah sich genötigt, bei beiden Angeklagten auf das waffenhafte Verbrechen des Totschlages zu erkennen und mildere Urteile zu verhängen. Er beantragte gegen den Leutnant Volzing als den Hauptverantwortlichen zehn Jahre Zuchthaus, bei dem Feldwebel Präsident überließ er das Strafmaß dem Ermessen des Gerichts. Wenn ein bayerischer Staatsanwalt zu einem solchen Antrag kommt, so weiß er warum. Das freisprechende Gericht nimmt an, daß sich Volzing auf Grund des ständerechtlichen Schießerlasses zu der Missetat berechtigt gefühlt habe. Aber diese Erlasse reichten für Erschießungen voraus, daß die Gefangenen mit den Waffen in der Hand angegriffen worden seien. Die 12 Verlager Arbeiter waren waffenlos und wurden waffenlos aus ihren Häusern geholt.

Aus der obigen Meldung ist nicht ersichtlich, ob und wie weit sich das Gericht mit dieser Tatsache überhaupt auseinandergesetzt hat. In jedem Falle mußte dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend mindestens auf Totschlag erkannt werden. Das Urteil ist also diktiert von einem politischen Interesse und reaktionären politischen Empfinden, das alles linksradikale, Sozialistische und Revolutionäre von vornherein als eine Gefahr und jeden Kampf dagegen wohlwollend betrachtet. Das Urteil in diesem Prozess wird vom Volke gesprochen und lautet: Mitropa mit einer Zucht, bei der das Recht derart zu Unrecht verfehrt wird!

Das Gericht hätte angesichts der völligen Willkürfreiheit unserer Tage schon aus Gründen der Abschreckung dem Antrag des Staatsanwalts nachgegeben müssen; der Prozess entrollte das Bild einer Landesknechtsbestialität, für die es kein menschliches Verständnis geben darf und die ausgebrannt werden muß. Das ganze Bild erinnert an die Ermordung der Arbeiter von Meiderich, deren Mörder ebenfalls freigesprochen wurden. Wie diese Erschießungen auf der Missetat, die in den Zeiten der Spartakistenunruhen und ihren Nachwehen Mode waren, in den meisten Fällen zustande gekommen sind, erklärte der Angeklagte Volzing, der ja in der Vorunter-suchung auch versuchte, die Missetaten in „Erschießungen auf der Missetat“ anzulassen. Er gestand auf die Frage des Staatsanwalts Heßberg, daß diese Verteilung die Folge gewesen wäre, um Erschießungen hinterher zu rechtfertigen. Warum lag Volzing, wenn er nicht das Bewußtsein von der Strafbarkeit seiner Missetat hatte?

Aus der Verlager Tragödie spricht die Verkommenheit zeitweiliger Bestien und hakenkreuzerlicher Soldaten, eine Bestie, wie sie Volkswaffen in den Händen der Revolution im zerrütteten Zustand nicht aufgebracht haben. Es wird Cade der deutschen Arbeiterbewegung sein, alle Kräfte zusammenzutreiben, um diese Cyber der deutschen Umwälzung zu rächen. Unsere Vergeltungsgedanken freieren allerdings nicht um Töten und Mord. Unsere Vergeltung muß eine politische-sozialistische sein. Es ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung, den schwarzweißen reaktionären Unrat aus Deutschland hinauszuwerfen.

Rationales Pharisäertum.

Von Hermann Wendel

Stamm ein Artikel nur die Wahrheit enthalten und doch fast unanständig sein? Doch die Möglichkeit besteht, beweist ein Aufsatz des bekannten Wirtschaftsführers Dr. Arthur v. Gwinner, der in der Volkszeitung vom 15. Januar Unterdruck gefunden hat. Er behandelt den bekannten Schwundel der englischen Kriegspropaganda, daß die Deutschen menschliche Leiden zur Gewinnung von Fett und anderen Stoffen verwendet hätten. Ein Brigadegeneral, Leiter der Nachrichtenabteilung der britischen Armee, also eine Art englischer Nicolai, hat unlängst erzählt, wie er zur Einwirkung auf die dem Totentanz sehr ergebenen Chinesen jene widerliche Geschichte erfunden habe. Große englische Blätter haben von dieser Selbstenttarnung einer Kriegspropaganda gebührend Notiz genommen, auch Sir Austen Chamberlain hat nach Unterzeichnung des Vertrags von Locarno die Unwahrscheinlichkeit der Erzählung eingestanden. Nichts dagegen zu sagen, daß Herr von Gwinner das lang und breit darlegt, aber das nationale Pharisäertum beginnt, wenn er seine Ausführungen überdreht: Wie wir vergeblich unsere Schuldigen! und ein Mangel an politischem Anstand ist es, wenn er sich Zug für Zug nur über die Kriegspropaganda auf der anderen Seite entläßt.

Dem die bewährte, planmäßige Verleumdung des Gegners galt bilden und drücken als Kriegsmittel wie andre auch, und die deutsche Propaganda war nicht minder eine mit Tag und Nacht arbeitende riesige Lügenfabrik. Wir einer jenseitigen Lüge, der Meldung von dem Abwurf französischer Luftbomben auf Nürnberg, wurde die Kriegs-erklärung an Frankreich begründet, und wie es anfangen hatte, ging es weiter; nicht umsonst deuteten Später im Glanz die Klammerbezeichnung „von Wolffs Telegraphen-Bureau (W.T.B.) als: Wieder Tausend Sekotene! Wer erinnert sich nicht aus den Mobilisationslagen an die nach England beschickten französischen Goldanteile, die eine wilde Wende-entfesselten und 28 Deutschen das Leben kosteten — sein Wort war an der Nachricht wahr! Wer las nicht in den Zeitungen während der Schlachten von den Russen, die nach der Mendenburg-Schlacht zu Jehnlandenden in den masurenischen Seen ertranken — ein aufgelegter Schwundel war es! Und keine dieser Lügen ging ohne die Genehmigung durch militärische Amtsstellen in die Welt!

So aber stand es auch mit der unmittelbaren Grenzpropaganda, mit der die Neutralen gegen die Entente eingenommen und die deutschen Stammtische in Weisheit verlegt werden sollten. Doch französische Ärzte in Metz die Brunnen mit Inphosphoräziden vergiftet hätten, war nur der Auftakt. Gleich darauf ließ der Russeneinbruch in Litauen eine haushohe Welle von Grenzmeldungen über Deutschland rollen. Doch die Russen, vor allem die Sozialisten, gewohnheitsmäßig den Kammern Arme und Beine abhacken und den Frauen und Mädchen die Brüste abschneiden, war noch die gelindeste der Behauptungen, die oft mit jadislicher Wollust bis in Einzelheiten ausgeführt wurden. In der kölnischen Zeitung vom 23. Januar 1915 etwa erzählte fast mit Verhagen ein Doktor Ujedom, wie er in dem ostpreussischen Dorf P. einen zwölfjährigen Knaben dem Tode nahe gefunden habe, der mit einem Nagel durch jeden Finger an den Fingern genagelt war! Ein angesehener Rassist in Essen wandte sich, wie unlängst Sello v. Gerlach in der „Weltbühne“ mitteilte, unter der Adresse der kölnischen Zeitung an den Verfasser. Seine Antwort. Auf neue Anfrage gab ihm das Blatt einen Major Trause weiter als Einsender des Artikels an. Der, brieflich angegangen, nannte Frostken als Ort des Geschehnisses, mußte aber bekennen, daß er selbst den Knaben nicht gesehen habe, und der Gemeindevorsteher von Frostken vermeldete, „daß der unheimlich genannte Fall von dem Knaben hier in Ort unbekannt ist, dergleichen Grenzketten sind in unserm Ort überhaupt nicht beobachtet worden“. Da die deutsche Regierung in einem Weisbünd ähnlich beglaubigte Schandketten der Russen zusammengestellt hatte, sahen sich ihre militärischen Vertreter in der Berliner Pressekonferenz vom 9. Februar 1917 gezwungen, bei Berichten über Grenzverhandlungen, die mit den ostpreussischen Grenzeln zusammenhängen, Vorsicht anzuraten, „damit keine Widersprüche mit dem von Deutschland herausgegebenen Weisbünd entstehen, dessen ganzer Inhalt sonst angezweifelt werden könnte.“ Ein Mädchen, das in der offiziellen Veröffentlichung als eine der „von den Russen geschändeten Jungfrauen“ aufmarschierte, hatte nämlich unter Eid bekundet, daß ihr Kind ganz anderen und weit harmloseren Ursprungs sei.

Nicht noch tollere Grenzketten wurden den Belgiern nachgeschickt. Nicht nur, daß angeblich die Zivilbevölkerung unter der Führung fanatischer Priester überall am Kampf teilnahm, ermordeten diese Franktireurs auch Verwundete und kranken Ärzte und Sanitätsmannschaften nieder. Obendrein aber stachen sie hilflosen Deutschen die Augen aus! Dieses Kapitel von den ausgekosteten Augen wurde im August 1914 von der Presse in allen Variationen abgewandelt, und selbst der Reichsfunktor Velhmann-Hollweg hielt es für richtig, sich vor Vertretern amerikanischer Blätter über die jungen Belgierinnen zu entziehen, die auf dem Schlachtfeld liegenden Deutschen die Augen ausstachen. Da aber bei diesen Grenz-meldungen meist Schimpf auf den Briefstempel als solchen fiel, rührte es sich in der deutschen Zentrumspropaganda. Eines ihrer

Zur Abrüstungskonferenz

Deutschlands Völkerverbundtritt wird erwartet

T. Genf, 21. Januar. (Fig. Junfpruch.) Mit einer Ver-
änderung der ersten Abrüstungskonferenz kann bestimmt gerechnet werden. Der neue Zeitplan ihres Zusammentritts dürfte im Zusammenhang mit der Festlegung der anhangenden Völkerverbund-versammlung für die Aufnahme Deutschlands festgelegt werden. Die Anberaumung der Völkerverbundversammlung hängt aber von der Annahme Deutschlands ab, die nunmehr, nachdem die neue Reichsregierung gebildet ist, bald erwartet wird. Erfolgt sie spätestens bis in die ersten Tage des Februar, so dürfte die Einberufung der Völkerverbundversammlung etwa auf den 8. März, den bisherigen Zeitpunkt der Witzschlagung des Völkerverbunds, stattfinden. Während der ganzen Dauer der Versammlung, die kaum länger als eine Woche sein wird, dürfte auch der Rat in Genf verhandelt werden, um nach der Aufnahme mit den deutschen Vertretern noch einige Verhandlungen abzuhalten. Die Abrüstungskonferenz wird sich wenige Wochen später dann angeschlossen. Denn die beiden wichtigsten Gründe für die Verschlebung der Abrüstungskonferenz bilden erstens die vorherige Aufnahme Deutschlands, damit es von Anfang an auch in den beiden technischen Organisationen der Abrüstungskonferenz eine Vertretung erhält, und zweitens die erwartete Teilnahme der Vereinigten Staaten, die der deutsche Senat noch zu genehmigen hat.

D. Berlin, 21. Januar. (Fig. Junfpruch.) Wie die Vos-
sische Zeitung meldet, soll zu den Verhandlungen der Abrüstungs-konferenz des Völkerverbunds von deutscher Seite der frühere Reichs-schatzgraf Bernsdorff von der Reichsregierung entsandt werden.

Weitervertreter zur Weltwirtschaftskonferenz

Eine amtliche Entscheidung darüber, wer als Arbeiter-
vertreter an dem Vorbereitungsausschuss zur Welt-wirtschaftskonferenz teilnimmt, liegt bisher nicht vor, aber es ist damit zu rechnen, daß als Arbeitervertreter Dudgeon für Holland, Nouhaug für Frankreich, Eggert für Deutsch-land und ein Engländer zur Vorbereitungskonferenz nach Genf gehen werden. Der Bundesvorsitzende des ADGB, der dem Inter-nationales Arbeitsamt den Genossen Eggert als Vertreter vor-schlagen hat, legt besonderes Gewicht darauf, unmittelbar durch einen Gewerkschafter aus seinem eigenen Kreis auf der Weltwirtschaftskonferenz vertreten zu sein. Dies ist lediglich eine Forderung aus der Bedeutung der Gewerkschaften.

Das Waffenlager des Junters

J. Schwerin, 20. Januar. (Fig. Draht.) In den
Wirtschaftsgebäuden des Ritterguts in Cambs (Meck-
lenburg), das Eigentum eines Herrn v. Derken ist, wurde ein Waffenlager entdeckt. Es bestand aus 7 Mäusen mit etwa 40 Infanteriegewehren, einem Duzend Maschinengewehren, 21 Kisten Munition, 3 Kisten

Sandgranaten und zahlreichem andern militärischen Gerät.

Wenn man in Mecklenburg einmal wirklich suchen würde, könnte man wohl noch manche Illustration zu dem „Kampf mit geistigen Waffen“ erbringen, dessen sich die Großhagrarier heuchlerisch rühmen. Was wird nun mit dem Ruffschützen Herrn v. Derken geschehen? Bekommt er eine Belohnung?

Mühlengene Mörderbefreiung

O. Landberg a. d. Warthe, 21. Januar. (Fig. Junfpruch.)
Der dem Großen Schöffengericht in Landberg hatten sich am Mittwoch Angehörige der ehemaligen „Schwarzen Reichswehr“, ein Oberleutnant Raphael und die Gefangenen Nikolau und Schöndede wegen Meuterei und verurteilter Gefangenens-
befreiung zu verantworten. Auf Veranlassung von Raphael hatten Nikolau und Schöndede in der Nacht vom 14. auf den 15. Dezember einen Ausbruchversuch aus dem Landberg's Gefängnis gemacht, um dabei die in Landberg sitzenden Fremden zu befreien zu können. Es waren ihnen für das Gelingen der Befreiung 3000 Mark von den Hintermännern der Fremdenbesetzung zugesichert worden. Aber das Attentat mißlang jedoch. Nachher wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Nikolau zu einem Jahr Zuchthaus und Schöndede zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Einigungsverhandlungen zum Volksentscheid

Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Der Bundes-
vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der vom sozialdemokratischen Parteienrat aufgefördert worden war, zwischen den Parteien den Vermittler zu spielen, um dem Volksentscheid über die Abfindung der Fürsten eine einheitliche Grundlage zu geben, hat am Mittwoch beschloffen, sofort nach Erledigung der Vorarbeiten beide Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden. Diese Sitzung wird voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche stattfinden.

Ausland und deutsche Regierungsbildung

D. Brüssel, 21. Jan. (Fig. Junfpruch.) Zur deutschen
Regierungsbildung schreibt der „Beobachter“, es sei erfreulich, daß der baldige Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund nunmehr gesichert sei, aber dem deutschen innerpolitischen Stand-punkt sei die Lösung minder erfreulich. Der Einbruch gegen-
über sei der beste Beweis, daß die Sozialisten recht hatten, eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei abzulehnen.

Seite 23
4.25
3.00
3.90
6.50
Hälfte
23
1.15
5.5
5.5
5.5
e
et
s.